



Niederschrift

Sitzung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Sitzungstermin:	Montag, 24.02.2025
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:40 Uhr
Raum, Ort:	Bürgerschaftssaal des Rathauses, Markt, 17489 Greifswald

Anwesend

Vorsitzende/r

Prof. Dr. Madeleine Tolani

Mitglied

Dr. Andreas Kerath

Kira Wisnewski

Shady Al-Khoury

Johannes Barsch

Stephan Bucars

ab TOP 8.5 (öffentlicher Teil)

Ulf Burmeister

ab TOP 4 (öffentlicher Teil)

Camille Damm

Bernd Fleischmann

Robert Gabel

Tobias Gehrke

ab TOP 8.3 (öffentlicher Teil)

Yvonne Görs

Dr. Anke Hahnenkamp

Torsten Heil

ab TOP 8.6 (öffentlicher Teil)

Hennis Herbst

Tobias Herkules

ab TOP 2 (öffentlicher Teil)

Axel Hochschild

Katharina Horn

Anja Hübner

Antonia Linea Huhn

Jörg König

Nikolaus Kramer

Jörg-Uwe Krüger

Franziska Leesch

Jürgen Liedtke

Dr. Thomas Meyer

Marian Alfred Moscinski

Prof. Dr. Markus Münzenberg

Gerd-Martin Rappen

Stephan J. Reuken

Susanne Schmidt

Dr. Mignon Schwenke

ab TOP 2 (öffentlicher Teil)

Lea Alexandra Siewert

Birgit Socher

ab TOP 5 bis TOP 8.20 (öffentlicher Teil)

Dr. Jörg Valentin

Erik von Malottki

ab TOP 8.3 (öffentlicher Teil)

Prof. Dr. Felix von Podewils

Luis Weber

Andreas Winter

Dr. Monique Wölk

Grit Wuschek

Ingo Ziola

Protokollführung

Sarah Wiesenberg

Abwesend

Mitglied

Yannick Elias Bauer

entschuldigt

Verwaltung

Dr. Stefan Fassbinder

Oberbürgermeister, Dezernent für Innere Verwaltung,
Bildung, Kultur und Sport

Achim Lerm

Dezernent für Bauwesen, Umwelt, Bürgerservice und
Brandschutz, 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters

Tobias Schreiber

Rechtsamt, 2. Stellvertreter des Oberbürgermeisters

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.12.2024
- 4 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/Einwohnerinnen
- 5 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
- 6 Mitteilungen der Präsidentin unter anderem über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern
- 7 Beschlusskontrolle
- 8 Beratung der Beschlussvorlagen
 - 8.1 3. Änderung zur Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald BV-P-ö/08/0122
Die Präsidentin der Bürgerschaft
 - 8.1.1 Änderungsantrag BV-P-ö/08/0122-01
3. Änderung zur Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0122
AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft
 - 8.2 Besetzungen und Zuteilungen
 - 8.2.1 Zweite Veränderung der Zuteilung der Sitze des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen BV-P-ö/08/0113
Die Präsidentin der Bürgerschaft
 - 8.2.2 Zweite Veränderung der Zuteilung der Sitze des Ausschusses für Soziales, Jugend, Sport, Inklusion, Integration, Gleichstellung und Wohnen BV-P-ö/08/0114
Die Präsidentin der Bürgerschaft
 - 8.2.3 Zweite Veränderung der Zuteilung der Sitze des Ausschusses für Bauwesen, Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit BV-P-ö/08/0115
Die Präsidentin der Bürgerschaft
 - 8.2.4 Zweite Veränderung der Zuteilung der Sitze des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Digitalisierung und öffentliche Ordnung BV-P-ö/08/0116
Die Präsidentin der Bürgerschaft

- 8.2.5 Zweite Veränderung der Zuteilung der Sitze des Ausschusses für Bildung, Kultur, Universität, internationale Beziehungen und Wissenschaft
Die Präsidentin der Bürgerschaft BV-P-ö/08/0117
- 8.2.6 Zweite Veränderung der Zuteilung der Sitze der Ortsteilvertretung Eldena
Die Präsidentin der Bürgerschaft BV-P-ö/08/0118
- 8.2.7 Zweite Veränderung der Zuteilung der Sitze der Ortsteilvertretung Friedrichshagen
Die Präsidentin der Bürgerschaft BV-P-ö/08/0119
- 8.2.8 Zweite Veränderung der Zuteilung der Sitze des Beirates der ABS – Gemeinnützige Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH
Die Präsidentin der Bürgerschaft BV-P-ö/08/0120
- 8.2.9 Zweite Veränderung der Zuteilung der Sitze des Rechnungsprüfungsausschusses
Die Präsidentin der Bürgerschaft BV-P-ö/08/0121
- 8.3 Entscheidung der Klageerhebung vor dem Verwaltungsgericht Greifswald bezüglich der Beanstandung des Beschlusses "Gendern unterbinden!" (BV-P-ö/08/0074-01)
Die Präsidentin der Bürgerschaft BV-P-ö/08/0128
- 8.4 Kein Gendern in der Außendarstellung
CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald BV-P-ö/08/0129
- 8.5 Antrag auf Übernahme der „Verordnung zum Schutz von Freilebenden Katzen durch Festlegung von Gebieten mit Kennzeichnungs-, Register- und Kastrationspflicht (Katzenschutzverordnung – KatzSchV)“ des Landkreises Vorpommern-Greifswald für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald
*Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI*
neue Version am 21.02.2025 BV-P-ö/08/0112-02
- 8.5.1 Änderungsantrag
Antrag auf Übernahme der „Verordnung zum Schutz von Freilebenden Katzen durch Festlegung von Gebieten mit Kennzeichnungs-, Register- und Kastrationspflicht (Katzenschutzverordnung – KatzSchV)“ des Landkreises Vorpommern-Greifswald für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0112
Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke BV-P-ö/08/0112-01
- 8.6 Prüfauftrag Beleuchtung des Treidelpfads
Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke
neue Version am 21.02.2025 BV-P-ö/08/0124-01
- 8.7 Integriertes Handlungskonzept „Mein Schönviertel“ für die Stadtteile Schönwalde I/Südstadt, Schönwalde II und das Ostseevierviertel BV-V/08/0051-01

8.7.1	Änderungsantrag zu: Integriertes Handlungskonzept „Mein Schönviertel“ für die Stadtteile Schönwalde I/Südstadt, Schönwalde II und das Ostseevierviertel Antrag zur Vorlage BV-V/08/0051 Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratische Konservative-IBG-AdbM	BV-V/08/0051-02
8.8	Jahresabschluss 2022 Hanse-Kinder	BV-V/08/0086-01
8.9	Entlastung der Betriebsleitung nach § 60 Abs. 5 S. 2 KV M-V	BV-V/08/0088
8.10	Aufbau eines Energiemanagementsystems für das Abwasserwerk Greifswald - Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald	BV-V/08/0090
8.11	Verwendung der Mittel für die Schulbauförderung 2025 gemäß § 10a Abs. 2 FAG M-V neue Version am 21.02.2025	BV-V/08/0108-01
8.12	Greifswald gemeinsam Starkregen sicher machen Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke neue Version am 20.02.2025	BV-P-ö/08/0079-01
8.13	Greifswald soll Friedrich-Stadt werden Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	BV-P-ö/08/0083-01
8.14	Tierfreundliches Greifswald: Tiernotfälle absichern Fraktion Alternative Liste * PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ * Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative	BV-P-ö/08/0101
8.15	Regelmäßiger Bericht über laufende Gerichtsprozesse (RA/08/0001) Dr. Jörg Valentin	BV-P-ö/08/0104-04
8.15.1	Stellungnahme der Verwaltung vom 20.01.2025 - Regelmäßiger Bericht über laufende Gerichtsprozesse (RA/08/0001)	BV-P-ö/08/0104-02
8.16	Besetzung von Gremien der Greifswalder Bürgerschaft durch Frau Christiane Kiesow Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratische Konservative-IBG-AdbM	BV-P-ö/08/0123-03
8.17	Prüfauftrag: Friedrich-Loeffler-Straße / Einbahnstraße Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratische Konservative-IBG-AdbM	BV-P-ö/08/0125-02
8.17.1	Änderungsantrag Friedrich-Loeffler-Straße / Einbahnstraße Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0125 Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	BV-P-ö/08/0125-03
8.18	Aufkommensneutralität Grundsteuer Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratische Konservative-IBG-AdbM	BV-P-ö/08/0126-01
8.19	Aufkommensneutralität Grundsteuer Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	BV-P-ö/08/0130

- 8.20 Bezahlmöglichkeiten an öffentlichen Toiletten erweitern und modernisieren
CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald BV-P-ö/08/0127
- 9 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
- 10 Ende der Sitzung

Nichtöffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.12.2024
- 4 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
- 5 Mitteilungen der Präsidentin unter anderem über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern
- 6 Beschlusskontrolle
- 7 Beratung der Beschlussvorlagen
- 7.1 Widerruf der Bestellung zur Prüferin im Rechnungsprüfungsamt PV/08/0005
- 8 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
- 9 Ende der Sitzung

Protokoll

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die Präsidentin der Bürgerschaft

- . eröffnet die öffentliche Sitzung.
- . stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.
- . gibt einige Hinweise zum Livestream, zur Speicherung der Aufnahme, zur Möglichkeit des Widerspruchs der eigenen Aufnahme, zur Löschung sowie zum Verbot der Replizierung. Einen Widerspruch gegen die eigene Aufnahme gibt es auf Nachfrage nicht.
- . informiert über die anwesenden Medienvertretenden.

2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Die Präsidentin der Bürgerschaft

- . ruft den Tagesordnungspunkt auf.
- . informiert über

neue Versionen zu Beschlussvorlagen

- zu TOP 8.5 „Antrag auf Übernahme der „Verordnung zum Schutz von Freilebenden Katzen durch Festlegung von Gebieten mit Kennzeichnungs-, Register- und Kastrationspflicht (Katzenschutzverordnung – KatzSchV)“ des Landkreises Vorpommern-Greifswald für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald“ (BV-P-ö/08/0112-02)
- zu TOP 8.6 „Prüfauftrag Beleuchtung des Treidelpfads“ (BV-P-ö/08/0124-01)
- zu TOP 8.11 „Verwendung der Mittel für die Schulbauförderung 2025 gemäß § 10a Abs. 2 FAG M-V“ (BV-V/08/0108-01)
- zu TOP 8.12 „Greifswald gemeinsam Starkregen sicher machen“ (BV-P-ö/08/0079)

nachträglich eingegangene Änderungsanträge

- zu TOP 8.5 „Änderungsantrag Antrag auf Übernahme der „Verordnung zum Schutz von Freilebenden Katzen durch Festlegung von Gebieten mit Kennzeichnungs-, Register- und Kastrationspflicht (Katzenschutzverordnung – KatzSchV)“ des Landkreises Vorpommern-Greifswald für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0112“ (BV-P-ö/08/0112-01)
- zu TOP 8.7 „Änderungsantrag zu: Integriertes Handlungskonzept „Mein Schönviertel“ für die Stadtteile Schönwalde I/Südstadt, Schönwalde II und das Ostseevierviertel Antrag zur Vorlage BV-V/08/0051“ (BV-V/08/0051-02)
- zu TOP 8.17 „Änderungsantrag

nachträglich eingegangene Vorlagen

- „Aufkommensneutralität Grundsteuer“ (BV-P-ö/08/0130)
 - Diese Vorlage wird nach TOP 8.18 als neuer TOP 8.19 eingeordnet.
 - Da dieses Thema bereits auf der Tagesordnung steht, ist keine Begründung der Dringlichkeit notwendig.

zurückgezogene Vorlagen

- TOP 8.15 „Regelmäßiger Bericht über laufende Gerichtsprozesse (RA/08/0001)“ (BV-P-ö/08/0104-04)
 - dementsprechend entfällt auch TOP 8.15.1 „Stellungnahme der Verwaltung vom 20.01.2025 - Regelmäßiger Bericht über laufende Gerichtsprozesse (RA/08/0001)“ (BV-P-ö/08/0104-02)

. teilt weiterhin mit, dass sich das Präsidium auf eine verbundene Aussprache zu den Tagesordnungspunkten

8.3 bis 8.4

8.18 bis 8.19 (neu)

geeinigt habe.

Weiterer Änderungsbedarf besteht nicht.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Frau Dr. Schwenke und Herr Herkules nehmen an der Sitzung teil.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
34	0	0

3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.12.2024

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es besteht kein Änderungsbedarf.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Niederschrift abstimmen.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
33	0	3

4 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/Einwohnerinnen

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Schröder

. erinnert an die Haushaltsdiskussion der Bürgerschaft im vergangenen Jahr. In diesem Zusammenhang sei die Schiffspatenschaft der Sea-Eye beendet worden. Die Sea-Eye-Lokalgruppe aus Greifswald habe daraufhin eine Spendenkampagne organisiert und habe durch die Zivilgesellschaft die Schiffspatenschaft retten können. Die Bevölkerung habe durch ihre Spenden deutlich gemacht, dass die Patenschaft willkommen sei.

. regt an, die Schiffspatenschaft in den kommenden Haushaltsplanungen wieder aufzunehmen.

. übergibt symbolisch ein Papierschiff an die Präsidentin der Bürgerschaft.

Herr Burmeister nimmt an der Sitzung der Bürgerschaft teil.

5 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Oberbürgermeister

. informiert über die nichtöffentlichen Beschlüsse der letzten Sitzung des Hauptausschusses. Die Übersicht wird als Anlage dem Tagesordnungspunkt beigelegt.

. freut sich sehr, dass mit Herrn Beuß, neuer Geschäftsführer der WITENO GmbH, eine Person gefunden worden sei, die aus dieser Region stamme. Er habe viel Erfahrung im Bereich Wissenschaft, Technologie und Förderung im Bereich Ostseeraum sowie kleiner und mittelständischer Unternehmen. Es müssten eine Vielzahl an Gesellschaftsverträgen angepasst werden, die der Bürgerschaft nach der Sommerpause vorgelegt werden.

Hinsichtlich der aufgekommenen Frage zur Einrichtung eines Aufsichtsrates bei der WITENO GmbH müssten die beiden anderen Gesellschafter beteiligt werden. Die nächste Gesellschafterversammlung finde im Juni statt, bei der das Thema besprochen werde.

. teilt hinsichtlich des Haushaltes mit, dass ein erstes Gespräch mit dem Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern stattgefunden habe. Dieses sei – trotz der schwierigen Situation – von einem grundsätzlichen Wohlwollen geprägt gewesen.

. weist darauf hin, dass die Haushaltslage aller Kommunen insgesamt schwierig sei. Es gebe dafür eine Vielzahl an Ursachen – u. a. bringe eine geringere Wirtschaftsleistung geringe Steuern. Durch mehrere Gesetzgebungen von Bund und Land seien vermehrt Lasten (z. B. Sozialleistungen oder Beratungsleistungen) auf die Kommunen umgelegt worden. Dies sei sowohl eine Arbeits- als auch eine finanzielle Belastung. Insgesamt gebe es eine schwierige Lage für die finanzielle Situation der Kommunen.

Frau Socher nimmt an der Sitzung der Bürgerschaft teil.

Anlage 1 nichtöffentlich gefasste Beschlüsse des Hauptausschusses vom 27.01.2025 öffentlich

6 **Mitteilungen der Präsidentin unter anderem über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern**

Die Präsidentin der Bürgerschaft

- . ruft den Tagesordnungspunkt auf.
- . informiert über die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse der letzten Sitzung der Bürgerschaft. Die Übersicht wird als Anlage dem Tagesordnungspunkt beigelegt.
- . bedankt sich beim Wahlbüro für die souveräne Organisation und Durchführung der Bundestagswahl sowie bei den ehrenamtlichen Wahlhelfern.
- . gratuliert Herrn Dario Seifert zum Erhalt des Direktmandates für den hiesigen Wahlkreis.
- . wünscht sich von der neuen Bundesregierung eine bessere Ausstattung der Kommunen für neue Aufgaben. Das Verhältnis von Finanzierung und übertragener Aufgaben habe in der Vergangenheit nicht mehr gestimmt.
- Im Zusammenhang mit dem Wahlkampf habe es in Greifswald leider zwei Überfälle gegeben, die sie aufs Schärfste verurteile. Derartige Angriffe seien nicht hinzunehmen. Sie greifen das demokratische System direkt an. Das Beschmieren oder Zerstören von Wahlplakaten stellen Straftaten dar. Im Hinblick auf die bevorstehende Landratswahl werde sensibilisiert, dass ein solches Verhalten nicht geduldet werde.
- . begrüßt Herrn Maik Pierron als Nachfolger von Herrn Lerm auf der Stelle des Amtsleiters des Haupt- und Personalamtes.
- . spricht Frau Gabriele Sonntag einen Dank aus, dass sie in den letzten Monaten die kommissarische Amtsleitung übernommen habe.
- . kündigt die erste Bürgersprechstunde der Präsidentin der Bürgerschaft in diesem Jahr an. Sie werde am 20.03.2025 in der Schwalbe - Schönwalder Stadtteil- und Begegnungszentrum stattfinden.
- . macht auf die Veranstaltungen in Greifswald anlässlich des Frauentages am 08.03.2025 aufmerksam.
- . weist darauf hin, dass am 29.03.2025 die Aktion „Greifswald räumt auf“ durchgeführt werde.

Anlage 1 nichtöffentlich gefasste Beschlüsse der Bürgerschaft am 11.12.2024
 öffentlich

7 **Beschlusskontrolle**

Herr Rappen

- . fragt nach einem aktuellen Stand zum Beschluss „*Förderung des Begegnungszentrums MOLE 2021*“ (BV-V/07/0425) aus dem Jahr 2021.
- . möchte hinsichtlich des Beschlusses „*Beschlussfassung über die 2. Fortschreibung des Medienentwicklungsplanes (MEP) der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*“ (BV-V/07/0662) Folgendes wissen:
 - Welche Schule sei davon betroffen?
 - Um welche Maßnahme gehe es?
 - Sei die Maßnahme trotz fehlender Förderung umgesetzt worden?
 - Wie hoch wäre das Volumen der Förderung gewesen?

- Seit wann sei dies bekannt gewesen?

Der Oberbürgermeister

. antwortet, dass das Projekt des Begegnungszentrums Mole weiter fortgesetzt werde. Die Fördermittel seien aus unterschiedlichen Gründen bisher nicht realisierbar gewesen. Die Verwaltung verfolge das Thema weiter und werde dies umsetzen, sobald die Fördermittel in ausreichender Form zur Verfügung stehen.

Die Beantwortung der Fragen zum Medienentwicklungsplan werde nachgereicht.

Anlage 1 Beantwortung der Fragen von Herrn Rappen - Maßnahme des DigiPaktes für die Schulen öffentlich

8 Beratung der Beschlussvorlagen

8.1 3. Änderung zur Geschäftsordnung der Bürgerschaft der BV-P-ö/08/0122 **Universitäts- und Hansestadt Greifswald**

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Kramer bringt den Änderungsantrag „*Änderungsantrag*

3. Änderung zur Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0122“ (BV-P-ö/08/0122-01) der AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft ein.

Die Präsidentin der Bürgerschaft

. erläutert, dass die 30 Sekunden zusätzliche Redezeit aufgenommen worden seien, um die Beschlussvorlage rechtskonform zu gestalten. Es wuerde in der Stellung eines jeden Mitglieds, sich äußern zu können.

Herr Hochschild

. sagt, dass die Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratische Konservative-IBG-AdBM den Änderungsantrag der AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft unterstütze, da die Änderung der Geschäftsordnung dazu dienen solle, die Sitzung zu straffen und die Sitzungslänge zu kürzen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über

. den Änderungsantrag „*Änderungsantrag*

3. Änderung zur Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0122“ (BV-P-ö/08/0122-01) der AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft (unter TOP 8.1.1) abstimmen.

Bei der Abstimmung hat Frau Hübner ihre Stimme nicht abgegeben.

. die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt als dritte Änderung ihrer Geschäftsordnung:

1. § 7 Abs. 2 S. 1 und 2 werden wie folgt geändert und um die neuen Sätze 3-5 ergänzt. Der bisherige Satz 3 wird Satz 6.

„Die Sitzung der Bürgerschaft endet um 22:00 Uhr. Der Präsident/Die Präsidentin kann die Verlängerung um bis zu 30 Minuten bestimmen. Dessen ungeachtet kann die Bürgerschaft mit Mehrheit der anwesenden Mitglieder das Ende der Sitzung beschließen. Wird die Sitzung fortgesetzt, so soll der Präsident/die Präsidentin jeweils nach Ablauf von 15 Minuten die Fortsetzung der Sitzung erneut zu Beschluss stellen. Darüber entscheidet die Bürgerschaft mit Mehrheit aller Mitglieder.“

2. § 8 Abs. 2 wird wie folgt geändert.

(2) Die Fraktionen und Einzelmitglieder benennen bis 11:00 Uhr des vor der Sitzung der Bürgerschaft liegenden Arbeitstages die jeweiligen Redebeiträge zu den Tagesordnungspunkten gegenüber der Kanzlei der Bürgerschaft. Sie haben dabei auch die Reihenfolge anzugeben. Ein Mitglied der Bürgerschaft kann seinen angemeldeten Redebeitrag auf ein anderes Mitglied der gleichen Fraktion übertragen. Die maximale Redezeit einer Fraktion beträgt eine Minute pro Fraktionsmitglied. Für Einzelmitglieder der Bürgerschaft beträgt die maximale Redezeit anderthalb Minuten. Sofern ein Fraktionsmitglied, das noch nicht gehört wurde, trotz abgelaufener Redezeit der Fraktion zusätzlich zum Tagesordnungspunkt sprechen möchte, erhält es für die Darlegung 30 Sekunden. Die Einbringung von Anträgen zählt nicht als Redezeit, ist allerdings auf drei Minuten begrenzt. Abweichungen in wichtigen Angelegenheiten z. B. Haushalt, werden mit einfacher Mehrheit der Bürgerschaft beschlossen.
Die maximale Redezeit der Vorsitzenden der Ausschüsse, Beiräte und der Ortsteilvertretungen und Sachkundigen beträgt drei Minuten.

3. Das Inkrafttreten wird wie folgt geregelt.

Diese geänderte Geschäftsordnung tritt nach Beschluss in Kraft.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
29	7	2

Anlage 1 Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald inklusive 3. Änderung öffentlich

Anlage 2 Synopse der Geschäftsordnung incl. 3. Änderung öffentlich

8.1.1 Änderungsantrag

3. Änderung zur Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

BV-P-ö/08/0122-01

Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0122

behandelt unter TOP 8.1

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt, in der 3. Änderung zur Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (BV-P-ö/08/0122), unter Paragraph 8 Absatz 2 den Satz „Sofern ein Fraktionsmitglied, das noch nicht gehört wurde, trotz abgelaufener Redezeit der Fraktion zusätzlich zum Tagesordnungspunkt sprechen möchte, erhält es für die Darlegung 30 Sekunden.“ zu streichen.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
13	24	0

8.2 Besetzungen und Zuteilungen

Die Präsidentin der Bürgerschaft

. informiert gem. § 11 der Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über folgende Veränderungen zu den bereits mitgeteilten Besetzungen:

- Betriebsausschuss „Hanse-Kinder“
Herr Andreas Winter ersetzt Herrn Tobias Herkules.
- Betriebsausschuss Abwasserwerk
Herr Shady Al-Khoury ersetzt Herrn Tobias Herkules.
- Rechnungsprüfungsausschuss
Frau Dr. Anke Hahnenkamp ersetzt Herrn Jakob Winter.
- Ausschuss für Soziales, Jugend, Sport, Inklusion, Integration, Gleichstellung und Wohnen
Herr Raphael Scherer ersetzt Herrn Björn Suhr.
- Ortsteilvertretung Friedrichshagen
Herr Ingo Ziola ersetzt Herrn Tobias Herkules.
- Ortsteilvertretung Innenstadt
Frau Kira Wisnewski ersetzt Herrn Björn Suhr.
Herr Hermann Heske ersetzt Herrn Jakob Winter.

- AG „Kinderfreundliches Greifswald“
Herr Andreas Winter ersetzte Herrn Tobias Herkules.
Herr Peter Bonin ersetzte Herrn Jakob Winter.

8.2.1 Zweite Veränderung der Zuteilung der Sitze des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen

BV-P-ö/08/0113

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Kenntnisnahme:

Die Präsidentin der Bürgerschaft teilt gemäß § 32a Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit § 11 Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald die 13 Sitze des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen wie folgt neu zu.

Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke – 2 Sitze
Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratische Konservative-IBG-AdbM – 2 Sitze
AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft – 2 Sitze
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – 2 Sitze
Zählgemeinschaft BSW/BG/FDP – 2 Sitze
CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald – 2 Sitze
Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI – 1 Sitz

Ergebnis:

zur Kenntnis genommen

8.2.2 Zweite Veränderung der Zuteilung der Sitze des Ausschusses für Soziales, Jugend, Sport, Inklusion, Integration, Gleichstellung und Wohnen

BV-P-ö/08/0114

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Kenntnisnahme:

Die Präsidentin der Bürgerschaft teilt gemäß § 32a Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit § 11 Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald die 13 Sitze des Ausschusses für Soziales, Jugend, Sport, Inklusion, Integration, Gleichstellung und Wohnen wie folgt neu zu.

Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke – 2 Sitze
Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratische Konservative-IBG-AdbM – 2 Sitze
AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft – 2 Sitze

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – 2 Sitze
Zählgemeinschaft BSW/BG/FDP – 2 Sitze
CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald – 2 Sitze
Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI – 1 Sitz

Ergebnis:

zur Kenntnis genommen

8.2.3 Zweite Veränderung der Zuteilung der Sitze des Ausschusses für Bauwesen, Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit

BV-P-ö/08/0115

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Kenntnisnahme:

Die Präsidentin der Bürgerschaft teilt gemäß § 32a Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit § 11 Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald die 13 Sitze des Ausschusses für Bauwesen, Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit wie folgt neu zu.

Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke – 2 Sitze
Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratische Konservative-IBG-AdBM – 2 Sitze
AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft – 2 Sitze
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – 2 Sitze
Zählgemeinschaft BSW/BG/FDP – 2 Sitze
CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald – 2 Sitze
Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI – 1 Sitz

Ergebnis:

zur Kenntnis genommen

8.2.4 Zweite Veränderung der Zuteilung der Sitze des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Digitalisierung und öffentliche Ordnung

BV-P-ö/08/0116

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Kenntnisnahme:

Die Präsidentin der Bürgerschaft teilt gemäß § 32a Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit § 11 Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald die 13 Sitze des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Digitalisierung und öffentliche Ordnung wie folgt neu zu.

Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke – 2 Sitze

Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratische Konservative-IBG-AdbM – 2 Sitze
AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft – 2 Sitze
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – 2 Sitze
Zählgemeinschaft BSW/BG/FDP – 2 Sitze
CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald – 2 Sitze
Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI – 1 Sitz

Ergebnis:

zur Kenntnis genommen

8.2.5 Zweite Veränderung der Zuteilung der Sitze des Ausschusses für Bildung, Kultur, Universität, internationale Beziehungen und Wissenschaft

BV-P-ö/08/0117

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Kenntnisnahme:

Die Präsidentin der Bürgerschaft teilt gemäß § 32a Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit § 11 Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald die 13 Sitze des Ausschusses für Bildung, Kultur, Universität, internationale Beziehungen und Wissenschaft wie folgt neu zu.

Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke – 2 Sitze
Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratische Konservative-IBG-AdbM – 2 Sitze
AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft – 2 Sitze
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – 2 Sitze
Zählgemeinschaft BSW/BG/FDP – 2 Sitze
CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald – 2 Sitze
Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI – 1 Sitz

Ergebnis:

zur Kenntnis genommen

8.2.6 Zweite Veränderung der Zuteilung der Sitze der Ortsteilvertretung Eldena

BV-P-ö/08/0118

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Kenntnisnahme:

Die Präsidentin der Bürgerschaft teilt gemäß § 32a Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit § 19 (2) Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und § 11 Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald die 9 Sitze der Ortsteilvertretung Eldena wie folgt neu zu.

Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke – 1 Sitz
Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratische Konservative-IBG-AdbM –2 Sitze
AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft – 1 Sitz
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – 1 Sitz
Zählgemeinschaft BSW/BG/FDP – 2 Sitze
CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald – 2 Sitze

Ergebnis:

zur Kenntnis genommen

8.2.7 Zweite Veränderung der Zuteilung der Sitze der Ortsteilvertretung Friedrichshagen

BV-P-ö/08/0119

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Kenntnisnahme:

Die Präsidentin der Bürgerschaft teilt gemäß § 32a Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit § 19 (2) Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und § 11 Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald die 9 Sitze der Ortsteilvertretung Friedrichshagen wie folgt neu zu.

Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke – 1 Sitz
Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratische Konservative-IBG-AdbM –2 Sitze
AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft – 2 Sitze
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – 1 Sitz
Zählgemeinschaft BSW/BG/FDP – 1 Sitz
CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald – 2 Sitze

Ergebnis:

zur Kenntnis genommen

8.2.8 Zweite Veränderung der Zuteilung der Sitze des Beirates der ABS – Gemeinnützige Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH

BV-P-ö/08/0120

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Kenntnisnahme:

Die Präsidentin der Bürgerschaft teilt gemäß § 32a in Verbindung mit § 71 Abs. 2 Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern die Sitze des Beirates der ABS – Gemeinnützige Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH wie folgt neu zu.

Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke – Platz 1
Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratische Konservative-IBG-AdbM – Platz 2

AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft – Platz 3
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Platz 4
Zählgemeinschaft BSW/BG/FDP – Platz 5
CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald – **Platz 6**
Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI – **keine Zuteilung**

Ergebnis:

zur Kenntnis genommen

**8.2.9 Zweite Veränderung der Zuteilung der Sitze des
Rechnungsprüfungsausschusses**

BV-P-ö/08/0121

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Kenntnisnahme:

Die Präsidentin der Bürgerschaft teilt gemäß § 32a Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit § 11 Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald die 13 Sitze des Rechnungsprüfungsausschusses wie folgt neu zu.

Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke – 2 Sitze
Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratische Konservative-IBG-AdBM – **2 Sitze**
AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft – 2 Sitze
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – 2 Sitze
Zählgemeinschaft BSW/BG/FDP – 2 Sitze
CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald – **2 Sitze**
Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI – 1 Sitz

Ergebnis:

zur Kenntnis genommen

**8.3 Entscheidung der Klageerhebung vor dem
Verwaltungsgericht Greifswald bezüglich der
Beanstandung des Beschlusses "Gendern unterbinden!"
(BV-P-ö/08/0074-01)**

BV-P-ö/08/0128

Es erfolgt eine gemeinsame Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 8.3 und 8.4.

Die Präsidentin der Bürgerschaft

. ruft die Tagesordnungspunkte auf.
. bringt die Beschlussvorlage „*Entscheidung der Klageerhebung vor dem Verwaltungsgericht Greifswald bezüglich der Beanstandung des Beschlusses "Gendern unterbinden!" (BV-P-ö/08/0074-01)*“ (BV-P-ö/08/0128) ein.

Herr Rappen bringt die Beschlussvorlage „*Kein Gendern in der Außendarstellung*“ (BV-P-ö/08/0129) ein.

Frau Horn

- . weist darauf hin, dass es von der Verwaltung verschiedene Handreichungen zu diesem Thema gebe.
- . spricht sich dafür aus, das Geld für ein Gerichtsverfahren zu sparen und bittet daher, dem Klageverfahren nicht zuzustimmen.

Herr von Malottki nimmt an der Sitzung der Bürgerschaft teil.

Frau Huhn

- . sagt, dass sich die Bürgerschaft mit drängenderen Themen beschäftigen sollte. Sprache sei ein Ausdruck von gesellschaftlicher Realität. Gendergerechte Sprache Sorge dafür, dass alle Menschen sichtbar gemacht werden – unabhängig von ihrem Geschlecht. Eine Verwaltung sollte die gesellschaftliche Realität abbilden und nicht zurückbleiben.
- Die Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI lehne den Antrag ab.

Frau Siewert

- . macht darauf aufmerksam, dass es in der Sprache drei Geschlechter gebe – in der Gesellschaft dafür deutlich mehr. Für Menschen sei die Geschlechtsidentität wichtig, weshalb sie auch gern mit ihrem Geschlecht angesprochen werden wollen.

Herr Gehrke nimmt an der Sitzung der Bürgerschaft teil.

Herr Barsch

- . teilt mit, dass sich die Position der Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke nicht verändert habe. Sie bleibe dabei, dass den Mitarbeitenden der Verwaltung nicht verboten werden sollte, so zu sprechen, wie sie es für richtig halten.
- . kritisiert, dass durch die Beschlussvorlage der Präsidentin der Bürgerschaft finanzielle Mittel gebunden werden, um ein Gerichtsverfahren zu den Zuständigkeiten der Organschaften der Bürgerschaft und der Verwaltung zu führen. Das Geld könne für wichtigere Angelegenheiten eingesetzt werden.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Varianten der Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt im Zusammenhang mit der Beanstandung des Oberbürgermeisters zum Beschluss „Gendern unterbinden!“ (BV-P-ö/08/0074-01),

- Klage gegen diese Beanstandung vor dem Verwaltungsgericht Greifswald zu erheben.
Die Präsidentin der Bürgerschaft wird in diesem Zusammenhang ermächtigt, eine externe Anwaltskanzlei mit der Rechtsangelegenheit zu beauftragen.
- keine Klage gegen diese Beanstandung vor dem Verwaltungsgericht Greifswald zu erheben und damit den Beschluss weiterhin außer Kraft gesetzt zu lassen.

Sofern eine Klage eingereicht wird, soll spätestens im 4. Quartal 2025 eine Beschlusskontrolle erfolgen.

Ergebnis:

Variante a.	Variante b.	Enthaltungen
13	26	1

8.4 Kein Gendern in der Außendarstellung

BV-P-ö/08/0129

behandelt unter TOP 8.3

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung hat Herr Gehrke seine Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister

1. im Schriftverkehr sowie in Dokumenten mit Außenwirkung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (darunter unter anderem offizielle Einladungen, Pressemeldungen, Texte auf Social Media, Antragsformulare, Stellenausschreibungen, Satzungen, Berichte, Flyer, Broschüren, Vorlagen oder andere Dokumente) durchgängig die deutsche Rechtschreibung laut Amtlichen Regelwerk, gemäß den Vorgaben des Rats für deutsche Rechtschreibung, ohne geschlechtergerechte Schreibung aller Geschlechtsidentitäten, wie beispielsweise Doppelpunkt (:), Unterstrich (Gender-Gap _), Asterisk (Genderstern *) oder anderen Sonderzeichen im Wortinnern, zu verwenden.
2. den „Leitfaden zum einheitlichen Umgang mit geschlechtergerechter Sprache“ des Oberbürgermeisters in der Fassung vom 25.10.2020 dahingehend zu überarbeiten und im Rahmen der Beschlusskontrolle in der zweiten Bürgerschaftssitzung des Kalenderjahres 2025 vorzulegen.
3. diese Regelung auch für die Eigenbetriebe der Universitäts- und Hansestadt Greifswald umzusetzen. Für Gesellschaften mit Mehrheitsbeteiligung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald sind entsprechende Regelungen über die Gesellschafterversammlungen anzustreben.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
20	19	0

8.5 Antrag auf Übernahme der „Verordnung zum Schutz von Freilebenden Katzen durch Festlegung von Gebieten mit Kennzeichnungs-, Register- und Kastrationspflicht (Katzenschutzverordnung – KatzSchV)“ des Landkreises Vorpommern-Greifswald für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald

BV-P-ö/08/0112-02

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Damm bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Bucars nimmt an der Sitzung der Bürgerschaft teil.

Herr von Malottki bringt den Änderungsantrag „*Änderungsantrag Antrag auf Übernahme der „Verordnung zum Schutz von Freilebenden Katzen durch Festlegung von Gebieten mit Kennzeichnungs-, Register- und Kastrationspflicht (Katzenschutzverordnung – KatzSchV)“ des Landkreises Vorpommern-Greifswald für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0112“* (BV-P-ö/08/0112-01) ein.

Frau Hübner

- . wirbt um Zustimmung zur Beschlussvorlage.
- . macht darauf aufmerksam, dass dieser Prozess bereits im Landkreis umgesetzt werde und zur Wahrnehmung der Verantwortung beitrage.

Herr Kramer

- . fragt, ob sich die Kostenübernahme auch auf die Halter von Privattieren beziehe.

Dies wird verneint.

Herr Ziola

- . gibt zu bedenken, dass manche Katzeigentümer ein sehr geringes Einkommen haben. Die Tierarztkosten seien drastisch gestiegen. Gegebenenfalls könnte man für solche Personen eine Härtefallregelung aufnehmen.

Frau Hübner

- . stimmt der Aussage von Herrn Ziola zu und plädiert für gesonderte Netze und Institutionen, die in solchen Fällen greifen können. Dennoch sei der Antrag auch diesbezüglich nützlich. Indem die unkontrollierte Vermehrung eingeschränkt werde, werde auch die Übertragung von Krankheiten, parasitären Infektionen und Seuchen gedämmt.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über

- . den Änderungsantrag „*Änderungsantrag Antrag auf Übernahme der „Verordnung zum Schutz von Freilebenden Katzen durch Festlegung von Gebieten mit Kennzeichnungs-, Register- und Kastrationspflicht (Katzenschutzverordnung – KatzSchV)“ des Landkreises Vorpommern-Greifswald für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0112“* (BV-P-ö/08/0112-01) abstimmen.
- . die geänderte Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt einen Antrag bei dem Landkreis Vorpommern-Greifswald auf Übernahme der Katzenschutzverordnung des Landkreises für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald zu stellen. ¹*Die durch die Übernahme und Anwendung der Verordnung entstehenden Kosten sind durch den Landkreis zu tragen.*

¹ Änderungsantrag der Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke

Ergebnis:

Ja-Stimmen

Nein-Stimmen

Enthaltungen

33	4	4
----	---	---

8.5.1 Änderungsantrag

Antrag auf Übernahme der „Verordnung zum Schutz von Freilebenden Katzen durch Festlegung von Gebieten mit Kennzeichnungs-, Register- und Kastrationspflicht (Katzenschutzverordnung – KatzSchV)“ des Landkreises Vorpommern-Greifswald für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald

BV-P-ö/08/0112-01

Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0112

behandelt unter TOP 8.5

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt einen Antrag bei dem Landkreis Vorpommern-Greifswald auf Übernahme der Katzenschutzverordnung des Landkreises für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald zu stellen. Die durch die Übernahme und Anwendung der Verordnung entstehenden Kosten sind durch den Landkreis zu tragen.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
33	4	4

8.6 Prüfauftrag Beleuchtung des Treidelpfads

BV-P-ö/08/0124-01

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Dr. Wölk bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Prof. Dr. Münzenberg

. gibt zu bedenken, dass das Erleben der Natur (z. B. der Polarlichter) durch die Lichtverschmutzung eingeschränkt werde. Andererseits sei dies ein beliebter Weg für Sportler, die durch das Installieren einer Beleuchtung ein anderes Sicherheitsgefühl bekämen.

Aufgrund von Vandalismus müsse es sich hierbei um sichere Laternen handeln.

. stellt verschiedene Möglichkeiten vor.

Herr Heil nimmt an der Sitzung der Bürgerschaft teil.

Frau Hübner

. sagt, dass sich die Fraktion einerseits dafür ausspreche, dass Menschen sich in den dunklen Stunden auch auf dieser Strecke sicher bewegen können. Andererseits sei die Bedeutung für die dort lebenden Tiere nicht außer Acht zu lassen.

. bittet um eine kurze Einschätzung der Verwaltung.

Herr Lerm

. sagt, dass die Verwaltung offen an die Prüfung herangehe und alle Facetten prüfen werde. Für den Prüfprozess werde allerdings einige Zeit benötigt.

Herr Al-Khouri

. fragt nach einer Statistik, die besage, wie viele Unfälle aufgrund der Dunkelheit auf dem Treidelpfad passiert seien.
. sieht durch diese Beschlussvorlage eine Erhöhung der Lichtverschmutzung und bezweifelt ein erhöhtes Sicherheitsgefühl durch eine Beleuchtung.

Herr Lerm

. sagt, dass ihm eine Statistik über solche Unfälle nicht bekannt sei.

Frau Wuschek

. weist darauf hin, dass es sich um einen Prüfauftrag handele.
. möchte wissen, wie viele Kosten und Zeit ein solcher Prüfauftrag in Anspruch nehme.

Der Oberbürgermeister

. antwortet, dass ein Prüfauftrag generell Arbeitskapazitäten binde. In dieser Zeit könnten keine anderen Aufgaben wahrgenommen werden.
. plädiert dafür, dass bei der Aussicht auf Ablehnung des eigentlichen Vorhabens kein Prüfauftrag beschlossen werde.

Herr Liedtke

. macht darauf aufmerksam, dass der Treidelpfad eine Wasserschutzeinrichtung sei. Bei Veränderungen müssten mehrere Behörden beteiligt werden.

Herr von Malottki

. hält dazu an, zu berücksichtigen, dass ein dunkler Weg für Frauen eine andere Gefährdungslage darstelle, als für Männer.
. begrüßt eine Zustimmung zum Prüfauftrag.

Herr Winter

. ist der Meinung, dass die Kosten für diesen Prüfauftrag vergebene Kosten seien, da ein Licht nicht zu mehr Sicherheit beitrage. Zudem gebe es alternative Wege.
. macht deutlich, dass nicht nur Frauen gefährdet seien, sondern dies ebenso auf Männer zutreffe.
. verweist auf das Haushaltsdefizit.

Herr Al-Khouri

. berichtet, dass ihm in verschiedenen Gesprächen mitgeteilt worden sei, dass sich Menschen durch eine Beleuchtung nicht sicherer fühlen würden und den Weg daher weiterhin nicht nutzen werden.

Herr Barsch

. fasst die gesagten Argumente zusammen und stellt fest, dass jeder Fortschritt, den man erreichen könne, zunächst überdacht und geprüft werden müsse. Dies solle mit dem Prüfauftrag erreicht werden.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung einer möglichst

umweltverträglichen und solarbetriebenen Beleuchtung des Treidelpfads am Ryck.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
15	20	6

8.7 Integriertes Handlungskonzept „Mein Schönviertel“ für die Stadtteile Schönwalde I/Südstadt, Schönwalde II und das Ostseeviertel BV-V/08/0051-01

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Hochschild bringt den Änderungsantrag „*Änderungsantrag zu: Integriertes Handlungskonzept „Mein Schönviertel“ für die Stadtteile Schönwalde I/Südstadt, Schönwalde II und das Ostseeviertel* Antrag zur Vorlage BV-V/08/0051“ (BV-V/08/0051-02) ein.

Herr Rappen

. informiert, dass sich die CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald bei der Abstimmung enthalten werde, da sie es schwierig finde, die ablehnenden Abstimmungen einzelner Ortsteilvertretungen zu ignorieren. Einige Vorhaben in dem Konzept hätten mit Stadtteilentwicklung wenig gemein und werden den laufenden Haushalt enorm belasten. Die Bürgerbeteiligung hätte besser durchgeführt werden können. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald werde dem Änderungsantrag der Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratische Konservative-IBG-AdBM zustimmen.

Frau Huhn

. sieht das Handlungskonzept als eine wichtige Grundlage für die zukünftige Entwicklung der Stadtteile Schönwalde I, Schönwalde II und Ostseeviertel. Herausforderungen sollen in diesen Vierteln systematisch erfasst und gezielt Maßnahmen für die Weiterentwicklung formuliert werden. Es handele sich dabei nicht um einen Investitionsplan mit fertigen Finanzierungszusagen.

In den Sitzungen der Ortsteilvertretungen sei mehrfach kritisiert worden, dass dafür kein Geld zur Verfügung stehe.

. ist der Meinung, dass die Finanzierung nicht der Anspruch des Konzeptes sei, sondern es werde durch das Konzept ein strategischer Rahmen vorgegeben, mit dem sich die Stadt gezielt um finanzielle Unterstützung für wichtige Projekte bewerben könne.

. sagt, dass die Bürgerbeteiligung aus ihrer Sicht sehr vorbildlich abgelaufen sei.

Die Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI sehe dieses Konzept als eine Chance für die gesamte Stadtentwicklung, weshalb sie der Beschlussvorlage zustimmen werde.

Der Oberbürgermeister

. geht auf die Aussage von Herrn Rappen hinsichtlich der Bürgerbeteiligung ein und sagt, dass es sich hierbei um ein grundsätzliches Problem handele. Die Verwaltung versuche in vielen verschiedenen Formaten möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Allerdings beteilige sich daran stets nur ein sehr kleiner Prozentsatz. Für Verbesserungsvorschläge sei die Verwaltung offen.

. betont die Wichtigkeit von langfristigen Konzepten, die für die Verwaltung eine Richtlinie darstellen, anstelle von kleingliedrigen Festlegungen, die keine Abweichungen dulden.

Herr Herbst

. findet es gut, dass in dem Konzept vielfältige Projekte und Maßnahmen unterschiedlicher Größe festgelegt worden seien. Natürlich stehen alle Absichten unter einem Finanzierungsvorbehalt. Dies müsse erarbeitet werden, wenn es um die konkrete Umsetzung gehe.

. hält es für wichtig, alle Maßnahmen zusammenzudenken und Ziele zu definieren, die dann in einem Konzept festgehalten werden.

Die Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke werde dem Konzept zustimmen.

Hinsichtlich der Garagen habe es bereits in der Vergangenheit Diskussionen gegeben. In diesem Rahmen sei ein Bestandsschutz der Garagen bis 2030 festgelegt worden, sodass bis dahin entschieden werden könne, wie es weitergehe. Dies sei auch in dem Konzept festgehalten.

Frau Socher

. gibt einen kurzen Rückblick und bekräftigt die Aussagen von Herrn Herbst, dass innerhalb dieser 10 Jahre Gespräche hinsichtlich der Garagen geführt werden sollen. Dabei solle die Frage beantwortet werden, wie zukünftig mit den Flächen umgegangen werden könne. Demnach sei der Änderungsantrag der Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative aus ihrer Sicht hinfällig.

Frau Wuschek

. plädiert für Zustimmung zum Änderungsantrag „*Änderungsantrag zu: Integriertes Handlungskonzept „Mein Schönviertel“ für die Stadtteile Schönwalde I/Südstadt, Schönwalde II und das Ostseeviertel*

Antrag zur Vorlage BV-V/08/0051“ (BV-V/08/0051-02).

. sieht es als ein schlechtes Signal, wenn die Bürgerschaft sich nicht eindeutig zu den Garagenkomplexen bekenne.

Sobald Fördermittel vorhanden seien, sollten auch innerhalb der Verwaltung genügend Kapazitäten zur Umsetzung verfügbar sein.

. könne der Beschlussvorlage der Verwaltung zustimmen.

Herr König

. fragt, bis wann der im Änderungsantrag genannte Bestandsschutz bestehen solle.

. schlägt folgende Ergänzung des Änderungsantrages vor:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt beschließt:

Hinsichtlich des im Integrierten Handlungskonzept „Mein Schönviertel“ ausgewiesenen Modellprojektes „Zukunft des Wohnens“ in der Lise-Meitner-Straße wird Bestandsschutz *im Sinne des Beschlusses BV-P-ä/07/0264-0-02* für die angrenzenden Garagenkomplexe in der Lise-Meitner-Straße und der Schönwalder Landstraße gesichert.“

Frau Dr. Wölk

. kritisiert, dass ein bereits langdiskutiertes Thema erneut aufgeworfen werde. Damals sei es darum gegangen, wie in der Stadt sozialer und bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden könne. Lange Zeit habe man nach geeigneten Standorten gesucht. Die Umsetzung von Hofhäusern in der Lise-Meitner-Straße sei damals als eine Möglichkeit gesehen worden, Schönwalde aufzuwerten, Segregation abzuwenden und gemischtes Wohnen zu ermöglichen.

. hält den Änderungsantrag nicht für notwendig und werde diesem nicht zustimmen.

Im Rahmen des Konzeptes hätten Menschen aus den betroffenen Stadtteilen an den Workshops teilgenommen, um gemeinsam Ideen zu entwickeln.

Herr Hochschild

. stellt klar, dass die Flächen der Garagenkomplexe nicht bebaut oder verändert werden

sollen. Die Umsetzung dieses Konzeptes werde mehr Zeit in Anspruch nehmen als bis 2030, weshalb sich die Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative für den Bestandsschutz der Garagen stark mache.

Frau Socher

- . fragt, weshalb eine Gruppe der Garagenbesitzenden bevorzugt werden solle.
- . hält dieses Vorgehen für ungerecht. Die ersten Gespräche zwischen Verwaltung und Garagenbesitzern hätten bereits stattgefunden.
- . bittet um Aufschub dieser Thematik bis 2030.

Herr König

- . findet es schade, wenn gemeinsam getroffene Kompromisse der Bürgerschaft nun eventuell abgeschafft werden.
- . schlägt vor, eine Beschlusskontrolle in den Beschlusstext aufzunehmen, um in beispielsweise zwei Jahren zu prüfen, wie weit der aktuelle Stand sei.

Herr Dr. Meyer

- . stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung der Beschlussvorlage und des Änderungsantrages in den Ausschuss für Bauwesen, Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit.

Herr Hochschild

- . hält zum Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dr. Meyer eine Gegenrede.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dr. Meyer zur Verweisung der Beschlussvorlage in die Fachausschüsse abstimmen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
25	13	4

Ergebnis:

verwiesen

8.7.1 Änderungsantrag zu: Integriertes Handlungskonzept „Mein Schönviertel“ für die Stadtteile Schönwalde I/Südstadt, Schönwalde II und das Ostseevierviertel Antrag zur Vorlage BV-V/08/0051

BV-V/08/0051-02

behandelt unter TOP 8.7

Ergebnis:

verwiesen

8.8 Jahresabschluss 2022 Hanse-Kinder

BV-V/08/0086-01

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Der geprüfte Jahresabschluss des Eigenbetriebes Hanse-Kinder für das Wirtschaftsjahr 2022, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Finanzrechnung und Anhang wird mit

- einer Bilanzsumme von 20.033.846,06 €
- einem Eigenkapital von 8.466.848,46 €
- und einem Jahresüberschuss von 77.443,10 €

festgestellt.

2. Der Lagebericht des Eigenbetriebes Hanse-Kinder für das Wirtschaftsjahr 2022 wird festgestellt.

3. Der Jahresüberschuss in Höhe von 77.443,10 € wird mit dem kumulierten Gewinnvortrag vorgetragen.

4. Die Bürgerschaft nimmt die Beauftragung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BTR SUMUS GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Lübeck als Abschlussprüfer für das Wirtschaftsjahr 2023 zur Kenntnis.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
42	0	0

Anlage 1 Jahresabschluss und Anlagen 2022 öffentlich

**8.9 Entlastung der Betriebsleitung nach § 60 Abs. 5 S. 2 KV
M-V**

BV-V/08/0088

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft erteilt der Betriebsleitung der „Hanse-Kinder — Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“ für das Wirtschaftsjahr 2022 Entlastung.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
------------	--------------	--------------

42	0	0
----	---	---

**8.10 Aufbau eines Energiemanagementsystems für das
Abwasserwerk Greifswald - Eigenbetrieb der
Universitäts- und Hansestadt Greifswald**

BV-V/08/0090

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung hat Herr Heil seine Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beschließt den Aufbau eines Energiemanagementsystems für das Abwasserwerk Greifswald – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald gemäß den Anforderungen der DIN EN ISO 50 001. Die Finanzierung erfolgt aus Fördermitteln des Bundes und Eigenmitteln des Abwasserwerks Greifswald, die im Wirtschaftsplan berücksichtigt wurden.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
41	0	0

**8.11 Verwendung der Mittel für die Schulbauförderung 2025
gemäß § 10a Abs. 2 FAG M-V**

BV-V/08/0108-01

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung hat Herr von Malottki seine Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt, dass die Mittel für die Schulbauförderung 2025, welche gemäß § 10a FAG M-V in Verbindung mit der Satzung des Landkreises Vorpommern-Greifswald zur Umsetzung des § 10a FAG M-V ausgeschüttet werden, für die Sanierung der Fassade und des Daches sowie der Erneuerung der Fenster an der Grundschule „Erich Weinert“ verwendet werden.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
41	0	0

8.12 Greifswald gemeinsam Starkregen sicher machen

BV-P-ö/08/0079-01

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Herbst bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Burmeister

. weist darauf hin, dass für das im Beschlussvorschlag vorgesehene Gutachten im städtischen Haushalt keine finanziellen Mittel eingeplant worden seien.

Der Oberbürgermeister

. macht deutlich, dass das Thema sehr relevant sei und seitens des Abwasserwerkes bereits Maßnahmen ergriffen worden seien. Weitere Maßnahmen seien in Planung und Umsetzung.

. stimmt Herrn Burmeister dahingehend zu, dass ein weiteres Gutachten, welches über das des Abwasserwerkes hinausgehe, finanzielle Kosten beanspruche. Wenn der Beschluss eine Mehrheit fände, würden die finanziellen Mittel im nächsten Haushalt berücksichtigt. Sollte der Beschluss abgelehnt werden, arbeite die Verwaltung dennoch an den geplanten Maßnahmen weiter.

Herr Liedtke

. hätte es besser gefunden, sich in den zuständigen Gremien zu informieren, denn es gebe bereits Gutachten und Berichte zu derartigen Situationen.

Frau Damm

. weist auf den Beschluss „Maßnahmen der Klimafolgenanpassung“ (BV-P-ö/07/0313-04) hin, in dem weitergehende Maßnahmen beschlossen worden seien. Vermutlich erfolge bereits dessen Umsetzung.

Herr Kramer

. stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung der Beschlussvorlage in den Werksausschuss Abwasserwerk sowie den Ausschuss für Bauwesen, Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit.

Es gibt formale Gegenreden.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Kramer abstimmen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
14	24	2

Bei der Abstimmung haben Frau Horn und Herr Burmeister ihre Stimme nicht abgegeben.

Frau Dr. Wölk

. sagt, dass diese Beschlussvorlage darauf abziele, alle bestehenden Maßnahmen in Form von Konzepten, Entwürfen und Berichten in einem Konzept zusammenzuführen. Wasser

werde in dieser Region zu einem kostbaren Gut und es müsse darüber nachgedacht werden, wie das Wasser auch in der Fläche gehalten werden könne.

. bittet um Zustimmung. In der Stadt sollten Vorsorgemaßnahmen getroffen werden.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister, ein Konzept zum Schutz vor Starkregenereignissen vorzulegen und in diesem Zusammenhang die Beauftragung eines Gutachtens zu prüfen, das bereits erfolgte Maßnahmen evaluiert und weitere präventive Maßnahmen, so u.a. zu Entsiegelungspotentialen in der Stadt, eruiert.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
14	24	4

Anlage 1

Mögliche Fragen im Rahmen eines Gutachtens öffentlich

8.13 Greifswald soll Friedrich-Stadt werden

BV-P-ö/08/0083-01

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Damm bringt die Beschlussvorlage ein.

Frau Siewert

. macht auf die steigende Anzahl der Titel für Greifswald aufmerksam.

. möchte wissen, wer für die Folgekosten aufkomme.

Herr Ziola

. ist der Meinung, dass die Darstellung über das Internet in Ordnung sei, aber auf zusätzliche Schilder sollte auch aus finanzieller Sicht verzichtet werden.

Frau Wuschek

. macht auf eine Schmiererei am Pommerschen Landesmuseum aufmerksam, die sich negativ über Caspar David Friedrich äußere.

. sagt, dass sich die Universitäts- und Hansestadt Greifswald nicht Friedrichstadt nennen sollte, solange solche Schmierereien mitten in der Stadt präsent seien.

Herr Heil

. fragt, was mit der Brücke und der Bank auf dem Museumsplatz passieren werde.

Herr Lerm

. teilt mit, dass ursprünglich geplant gewesen sei, die Gegenstände noch einige Zeit stehen zu lassen. Allerdings sei die Beschaffenheit so schlecht, dass eine Entsorgung unumgänglich gewesen sei.

Hinsichtlich der Schmierereien bemühe sich die Verwaltung um eine möglichst schnelle Beseitigung. Allerdings beschränke man sich während der Haushaltssperre und auch

während der vorläufigen Haushaltsführung auf die verfassungsfeindlichen Symbole. Insbesondere für größere Beseitigungen müssen externe Dienstleistungen in Anspruch genommen werden.

Herr von Malotki

. macht darauf aufmerksam, dass der Beschlusstext explizit die Änderung der Ortseingangsschilder und die damit verbundenen Kosten ausschließe.
. findet es sinnvoll, Caspar David Friedrich weiterhin hervorzuheben.

Auf die Nachfrage von **Herrn Winter** erklärt **Frau Damm**, dass das Vorhaben tatsächlich etwas Geld in Anspruch nehme. Allerdings erhalte die Stadt zusätzliche Einnahmen durch die Touristen und Touristinnen, die Greifswald aufgrund dessen besuchen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung hat Herr Winter seine Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen,

1. wie Caspar David Friedrich als Markenkern für die Stadt weiter genutzt werden kann
2. wie der Beiname "Friedrich-Stadt" oder „Caspar-David-Friedrich-Stadt“ zum Titel des Markenkerns werden kann
3. wie der große Zuspruch zu den Veranstaltungen im Jubiläumsjahr unter Bevölkerung, Gästen und Kulturschaffenden auch für die Zukunft erhalten werden kann.
4. Die Ortseingangsschilder sollen nicht verändert werden.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
17	20	4

8.14 Tierfreundliches Greifswald: Tiernotfälle absichern

BV-P-ö/08/0101

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Hübner bringt die Beschlussvorlage ein.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister,

die vorgesehenen Zuständigkeiten und Kontakte/Notrufnummern für Tiernotfälle in Greifswald und dem Umland in sämtlichen Medien der Öffentlichkeitsarbeit der Stadt

bekannt zu geben und diese geknüpft an Handlungsanweisungen nachvollziehbar darzustellen. Dies soll im Bereich der Fundtiere, verletzter bzw. gefährdeter Haustiere und verletzter bzw. gefährdeter Wildtiere (auch derer, die nicht unter das Jagdrecht fallen) geschehen. Hierbei soll jeweils dargestellt sein, wie (lückenlos) außerhalb der Verwaltungsdienstzeiten zu verfahren ist und welche alternativen Kontakte und Hilfen in Betracht kommen.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
42	0	0

8.15 Regelmäßiger Bericht über laufende Gerichtsprozesse (RA/08/0001)

BV-P-ö/08/0104-04

Ergebnis:

zurückgezogen

8.15.1 Stellungnahme der Verwaltung vom 20.01.2025 - Regelmäßiger Bericht über laufende Gerichtsprozesse (RA/08/0001)

BV-P-ö/08/0104-02

Ergebnis:

entfällt

8.16 Besetzung von Gremien der Greifswalder Bürgerschaft durch Frau Christiane Kiesow

BV-P-ö/08/0123-03

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Hochschild bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Herbst

. kritisiert die Umgangsweise mit dieser Situation. Durch die Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung - KV M-V) obliege es nur noch der Fraktion, welche Person wo eingesetzt werde. Die Bürgerschaft habe hier kein Mitspracherecht mehr.

Herr Barsch

. stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Debatte.

Herr Kramer

. hält eine Gegenrede.

. fragt, ob dieser Geschäftsordnungsantrag zulässig sei, da heute eine Änderung der Geschäftsordnung beschlossen worden sei, die beinhalte, dass jedes Mitglied der Bürgerschaft weitere 30 Sekunden Redezeit erhalte.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Barsch abstimmen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
21	18	3

Die Präsidentin der Bürgerschaft

. weist hinsichtlich des Redebeitrags von Herrn Kramer darauf hin, dass die Argumente dazu ausgetauscht seien und keine entgegenstehende Regelung bestehe, die einen solchen Geschäftsordnungsantrag untersage.

. lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung hat Herr König seine Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald richtet an die Fraktion SPD/Die Linke einen Appell, Frau Kiesow für die aktuelle Wahlperiode von möglichen Besetzungen in bürgerschaftlichen Gremien Greifswalds auszuschließen.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
13	26	2

8.17 Prüfauftrag: Friedrich-Loeffler-Straße / Einbahnstraße

BV-P-ö/08/0125-02

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Liedtke bringt die Beschlussvorlage ein.

Frau Dr. Wölk bringt den Änderungsantrag „*Änderungsantrag*

Friedrich-Loeffler-Straße / Einbahnstraße

Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0125“ (BV-P-ö/08/0125-03) der Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke ein.

Herr König

. ist der Meinung, dass es nicht möglich sei, an dieser Stelle eine Einbahnstraße zu errichten, ohne, dass der Busverkehr leide und eine völlige Überplanung des Busverkehrs stattfinden müsse.

. macht darauf aufmerksam, dass zwar der Titel der Beschlussvorlage einen Prüfauftrag

ausweise, jedoch der Beschlussvorschlag eine Realisierung beinhalte.
Zudem sein kein Finanzierungsvorschlag angegeben.
Das Projekt sei sehr komplex. Wenn die Verkehrssituation der Friedrich-Loeffler-Straße verbessert werden solle, sei eine vollständige Überplanung des Straßenraums, des Untergrundes, der Leitungen sowie der Bepflanzungen notwendig. Diese Beschlussvorlage reiche dafür nicht aus.
. spricht sich gegen die Beschlussvorlage aus.

Frau Siewert

. hinterfragt die Intention dieser Vorlage und nennt einige Punkte, wie z. B. Löschwege, die zu bedenken seien.

Herr Prof. Dr. Münzenberg

. sagt, dass Einbahnstraßen den Vorteil hätten, dass sie nicht die gesamte Breite der Straßen in Anspruch nähmen.
. sieht eine Möglichkeit, eine Abzweigung für Busse über die Steinbeckerstraße und den Hansering einzurichten.
Durch die Einrichtung einer Einbahnstraße habe man die Möglichkeit, Parkplätze Bepflanzungen und andere Gestaltungsformen zu nutzen.

Herr Dr. Kerath übernimmt die Sitzungsleitung.

Frau Hübner

. kritisiert, dass keine Beratung dieser Beschlussvorlage in der Ortsteilvertretung Innenstadt erfolgt sei.

Herr Hochschild

. erklärt kurz die Entstehung dieser Beschlussvorlage und weist darauf hin, dass es sich um einen Prüfauftrag handele.
Der Einbahnstraßenring beruhige den Verkehr. Die Problematik des ÖPNVs müsse dazu abschließend geklärt werden. Der Kerngedanke dieser Beschlussvorlage sei jedoch die Schaffung von Anwohnerparkplätzen.

Frau Prof. Dr. Tolani übernimmt die Sitzungsleitung.

Herr Barsch

. stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Beschlussvorlage sowie den Änderungsantrag in die Ortsteilvertretung Innenstadt zu verweisen.

Es wird eine formale Gegenrede abgegeben.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Barsch abstimmen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
28	11	2

Bei der Abstimmung hat Herr Moscinski seine Stimme nicht abgegeben.

Herr Ziola

. sagt, dass Frau Siewert ihn der rechten Ideologie bezichtigt habe und verlangt dafür eine Entschuldigung.

Ergebnis:

zurückverwiesen in die Ortsteilvertretung

8.17.1 Änderungsantrag

Friedrich-Loeffler-Straße / Einbahnstraße

BV-P-ö/08/0125-03

Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0125

beraten unter TOP 8.17

Ergebnis:

zurückverwiesen in die Ortsteilvertretung

8.18 Aufkommensneutralität Grundsteuer

BV-P-ö/08/0126-01

Es erfolgt eine gemeinsame Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 8.18 und 8.19.

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Tagesordnungspunkte auf.

Herr Hochschild bringt die Beschlussvorlage „*Aufkommensneutralität Grundsteuer*“ (BV-P-ö/08/0126-01) der Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratische Konservative-IBG-AdbM ein.

Herr Dr. Kerath bringt die Beschlussvorlage „*Aufkommensneutralität Grundsteuer*“ (BV-P-ö/08/0130) der Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke ein.

Frau Horn

. bittet um eine Information der Verwaltung hinsichtlich des Arbeitsaufwandes im Vergleich zur tatsächlichen Abweichung, wenn es zu einer Änderung käme.

Frau Hübner

. stellt den Geschäftsordnungsantrag, beide Beschlussvorlagen in die Fachausschüsse zurückzuverweisen.

Es wird eine formale Gegenrede abgegeben.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über den Geschäftsordnungsantrag von Frau Hübner abstimmen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6	36	0

Frau Stawinski

. teilt mit, dass bereits im Vorfeld zugesagt worden sei, dass die Verwaltung die Grundsteuer evaluieren und darüber umfassend informieren werde. Demnach bedürfe es beider Beschlussvorlagen nicht.

Nach derzeitigem Stand habe die Verwaltung ca. 140 TEUR zusätzlich an Grundsteuer B eingenommen, als bisher angenommen. Dabei sei jedoch zu berücksichtigen, dass darin Zahlungen aus den Vorjahren enthalten seien. Im Falle einer Neuerlassung der

Grundsteuerbescheide müssten ca. 14.200 Bescheide verschickt werden. Dies entspreche ca. 7.700 EUR Portokosten. Hinzu käme die Beschaffung von Büromaterial, sodass in eine ungefähre Gesamtsumme von 16 TEUR entstehe. Bei den meisten Bescheiden gehe es dann um Veränderungen im Cent-Bereich.

Zu bedenken sei bei der Aufkommensneutralität, dass diese nicht nur Bürger und Bürgerinnen betreffe, sondern auch die Unternehmen. In Greifswald gebe es keine unterschiedlichen Hebesätze für Eigentümer und Unternehmen, sodass es keine Möglichkeit gebe, zu variieren.

Herr Burmeister

. stellt fest, dass die genannten Kosteneinnahmen im Vergleich zum Gesamtvolumen der Grundsteuer gering ausfallen.

. rät dazu, eher vorsichtig mit dem Verschicken neuer Bescheide zu sein und spricht sich für den Antrag der Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke aus.

. sieht es nicht als zielführend an, die Anzahl der Grundstücke zu bestimmen.

Für ihn sei es entscheidend, wie sich die Einnahmen im Vergleich zur Gesamtsumme verhalten. An der grundsätzlichen Verteuerung für die Bürger werde sich nichts ändern, weil dies durch das Gesetz bestimmt werde.

Frau Wuschek

. fragt, weshalb unterschiedliche Werte bei gleichen Wohnungen angesetzt werden und möchte wissen, ob dies durch die Stadt geprüft werde.

Frau Stawinski

. macht deutlich, dass die Stadt keine Möglichkeit habe, die Richtigkeit der Angaben zu überprüfen. Wenn der Eigentümer Widerspruch eingelegt habe, werde gegebenenfalls der Grundsteuermessbetrag korrigiert. Die Stadt erhalte denselben korrigierten Grundsteuerbescheid wie der Bürger. Die Stadt erlasse hier grundsätzlich nur Folgebescheide und müsse sich auf die übermittelten Daten verlassen.

Herr Barsch

. stellt klar, dass die Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke mit der Beschlussvorlage das politische Thema aufgegriffen habe, um dies auf faktenbasierten Werten zu beobachten.

. weist auf die Gestaltungsmöglichkeiten der Bürgerschaft durch die Hebesatzung hin und sagt, dass diese auf Faktengrundlage evaluiert werden sollen.

. wirbt um Zustimmung.

Die Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratische Konservative-IBG-AdbM zieht ihre Beschlussvorlage zurück.

Ergebnis:

zurückgezogen

8.19 Aufkommensneutralität Grundsteuer

BV-P-ö/08/0130

behandelt unter TOP 8.18

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt bis zum 01.09.2025 zum Stichtag 01.08.2025 mit Blick auf

die geplante Aufkommensneutralität der Grundsteuer zu folgenden Fragen einen schriftlichen Bericht vorzulegen, um eine faktenbasierte Diskussion über zukünftige und bestehende Hebesätze zu ermitteln:

1. Wie viele Grundsteuerbescheide wurden seit 1.1.2022 erlassen.?
2. Für wie viele Grundstücke können mangels Übermittlung der notwendigen Angaben vom hiesigen Finanzamt keine neuen Grundsteuerbescheide erlassen werden?
3. Für wie viele Grundstücke ist ein höherer Grundsteuerbetrag festgesetzt worden als vor dem 1.1.2022?
4. Für wie viele Grundstücke ist ein niedriger Wert als vor dem 1.1.2022?
5. Wie werden bei der Ermittlung des gesamten Grundsteueraufkommens für die Haushaltsplanung jene Grundstücke berücksichtigt, für die mangels Übermittlung der Zahlen durch das Finanzamt keine neuen Grundsteuerbescheide erlassen werden können?

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
24	4	14

8.20 Bezahlmöglichkeiten an öffentlichen Toiletten erweitern und modernisieren

BV-P-ö/08/0127

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Heil bringt die Beschlussvorlage ein.

Frau Socher verlässt die Sitzung der Bürgerschaft.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, die Bezahlmöglichkeiten an den öffentlichen Toiletten im Stadtgebiet zu erweitern und modernisieren. Dies betrifft insbesondere die Nutzung mindestens einer anderen Zahlungsart zusätzlich zu Bargeld.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
32	8	1

9 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Barsch

. berichtet, dass ihm vermehrt von Eigenheimbesitzern mitgeteilt worden sei, dass es derzeit viele Probleme mit den Abrechnungen durch die Stadtwerke Greifswald GmbH geben solle.

Herr Kramer

. könne die Aussage von Herrn Barsch nicht bestätigen.
. regt die Verwaltung an, zu prüfen, inwieweit die Geschäftsordnung gem. § 9 Abs. 3 Nr. g) und h) mit der heute beschlossenen Änderung der Geschäftsordnung vereinbar sei.

Die Präsidentin der Bürgerschaft

. teilt mit, dass sie Herrn Schreiber diesbezüglich kontaktieren und diese Angelegenheit für die nächste Sitzung des Präsidiums vorgesehen werde.

Herr Al-Khouri

. greift einen Vorfall aus 2024 im Migrantensbeirat auf und schildert seine diesbezügliche Wahrnehmung.

Herr Burmeister

. sagt, dass während des Weihnachtsmarktes die Markthändler auf den Platz am Mühlentor ausweichen müssten. Ihm sei zugetragen worden, dass dort höhere Standgebühren fällig seien, als auf dem Markt selbst.
. fragt, ob die Aussage korrekt sei.

Die Verwaltung nimmt die Frage mit.

Herr Liedtke

. kritisiert, dass Frau Siewert keinen Ordnungsruf für ihre Aussage gegenüber der Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratische Konservative-IBG-AdbM erhalten habe.

Frau Prof. Dr. Tolani

. sagt, dass das Präsidium diesen Vorfall prüfen werde.

Herr Rappen

. fragt, ob die Verkehrsinsel vor der Kinderkunstakademie in der Grimmer Straße wiederhergerichtet werde.

Herr Lerm

. antwortet, dass die Bedarfsampel prioritär behandelt worden sei. Alles Weitere werde im laufenden Haushalt umgesetzt.

Frau Damm

. merkt an, dass in der Hafenstraße aufgrund der Nutzung dieser durch viele Baufahrzeuge erhebliche Schlaglöcher entstanden seien und es zudem dort nachts keine Beleuchtung gebe.
. fragt, ob eine vorübergehende Beleuchtung eingerichtet werden könne.

Die Frage werde mitgenommen.

Frau Wuschek

. habe von mehreren Personen gehört, dass sie es als unangenehm empfänden, dass die

Einwohnenden in den Sitzungen der Bürgerschaft nicht im Livestream zu sehen seien.
. regt an, dies zu ändern.

Das Präsidium werde sich dazu beraten.

Frau Horn

. weist darauf hin, dass der Graben am Carl-Paepke-Platz regelmäßig ausgebuddelt werde.
Die ausgehobene Erde und der darin enthaltene Müll werden jedoch auf den daneben entlanglaufenden Weg abgelegt.
. wünscht sich, dass zukünftig eine sofortige Beseitigung erfolge.

Die Frage werde mitgenommen.

Herr Al-Khoury

. fragt nach dem aktuellen Stand des Europa-Hotels.

Das Hotel befinde sich im Privateigentum.

10 Ende der Sitzung

Die Präsidentin der Bürgerschaft beendet die öffentliche Sitzung der Bürgerschaft um 20:32 Uhr.

Protokollführung

Präsidentin der Bürgerschaft

Sarah Wiesenberg

Prof. Dr. Madeleine Tolani